

«Mit Erpressung oder Druck wird man nichts aus mir herausbekommen»

Mathias Reynard führt das Gesundheitsdepartement. Er meint, es sei das schwierigste. Wieso er es trotzdem behalten will und er das Oberwallis gerne als gutes Beispiel nennt.

sein, dass dieser Betrag derzeit nicht höher ist, weil sonst die Situation für die Bewohner schwieriger wird. Trotzdem werden wir den Pensionspreis leicht erhöhen müssen.

Im Oberwallis weist jeder siebte Bewohner eines Alters- und Pflegeheims einen tiefen Pflegebedarf aus. Dies lässt die Schlussfolgerung zu: In den Oberwalliser Heimen wohnen zu viele Leute, die eigentlich nicht dort hingehören.
Das war vor allem während der Pandemie ein Problem. Wir suchen derzeit eine Lösung, damit sich die Situation verbessert.

Wie könnte diese aussehen?
Wir müssen die Einstufung der Bewohner professionalisieren.

Die Bettenplanung für die Altersheime sorgt immer wieder für Diskussionen. Wird das Oberwallis künftig mehr Betten erhalten?
Die Bevölkerung im Oberwallis wächst. Wir haben darauf reagiert. Schon gemäss der aktuellen Planung wird es neue Betten geben. In der nächsten Planungsperiode kommen weitere hinzu.

Wie viele?
Es gibt heute fast 1000 anerkannte und betriebene Betten. Es ist noch zu früh, um eine Zahl zu nennen, die Planung der Langzeitpflege wird bis Ende dieses Jahres in die Vernehmlassung gegeben.

Neue Betten im Wallis bedeuten auch mehr Pflegepersonal. Im Wallis braucht es bis 2040 Tausende neue Pflegefachkräfte. Bereitet Ihnen das Sorgen?
Das Wallis ist ein schweizweites Vorbild für die Umsetzung der Pflegeinitiative. Wir investieren bislang 42 Millionen Franken in den Pflegesektor. Die Rückmeldungen von den verschiedenen Direktoren der Altersheime und der Spitäler sind gut. Mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen konnten wir auch unsere Wertschätzung gegenüber dem Pflegepersonal ausdrücken. Wir konnten

auch mehr Ausbildungsplätze in den Hochschulen und Spitälern schaffen.

Wann waren Sie zuletzt bei Ihrem Hausarzt?
Vor vier Monaten.

Die Hausärzte waren zuletzt wütend. Sie verlangen einen höheren Tarmed-Tarif, zuletzt erhöhten Sie denjenigen der ambulanten Leistungen in den Spitälern auf 89 Rappen. Bei den Ärzten liegt er immer noch bei 82 Rappen. Sprechen Sie mit Ihrem Arzt über die tiefen Tarmed-Tarife?
Ja. Und er unterstützt mich, wie viele Hausärzte, mit denen ich mich darüber austauschen konnte.

Das muss er wohl sagen.
Nein, muss er nicht. Er unterstützt mich sogar, weil er weiss, dass ich engagiert bei der Sache bin und versuche, Lösungen in diesem jahrelangen Konflikt zu finden.

Wird es unter Mathias Reynard eine Lösung bei den Tarmed-Tarifen geben?
Ja. Aber um eine Lösung zu finden, müssen alle Partner zusammenarbeiten. Das ist derzeit nicht der Fall. Der Staatsrat hatte bereits entschieden, die Partner legten indes Rekurs ein. Wir mussten zurück auf Feld eins. Der Staatsrat hat immer die gleiche Haltung: Wir wollen eine Lösung. Aber letztlich liegt es an den Ärzten und den Krankenkassen, sich zu finden.

Ist die Zusammenarbeit mit der Walliser Ärztesgesellschaft kompliziert?
Die Zusammenarbeit mit der Ärztesgesellschaft ist konstruktiv und zukunftsorientiert.

Auch das Asylwesen beschäftigt den Kanton. Der Kanton musste in den letzten Jahren massiv in diesen Bereich investieren. Das wird nicht abreissen. Das Wallis muss in diesem Jahr 400 Asylsuchende aufnehmen. Haben wir genügend Kapazitäten im Kanton?
Im Moment: Ja. Die Asylpolitik liegt aber nicht in der Kom-

petenz der Kantone, der Bund ist zuständig. Jeder Kanton muss Asylsuchende aufnehmen und ihnen eine Unterkunft organisieren. Das Wallis muss laut einem Verteilschlüssel vier Prozent aller Flüchtlinge aufnehmen. Derzeit funktioniert das gut.

Wie sieht es aber für die Zukunft aus?
Es bleibt eine Herausforderung. Doch ich spüre im Wallis eine grosse Solidarität.

Es gibt auch scharfe Kritik, etwa wegen des Marienheims in Brig.
Ich denke, die Kritik basiert oft auf Ängsten, die jedoch ernst genommen werden müssen. Es ist wichtig, den betroffenen Menschen zuzuhören und ihre Perspektiven zu verstehen. Genau das haben wir bei der Kollektivunterkunft St. Ursula in Brig versucht, obwohl die Diskussionen und die Polemik in der Öffentlichkeit sehr intensiv waren.

In Brig gibt es bislang keine Konflikte. Ihnen wehte jedoch vor allem vonseiten der SVP ein rauer Wind entgegen. Haben Sie die Attacken verdaut?
Fakt ist, beim Marienheim gibt es derzeit keine Konflikte. Aber die Zeit war hart – der Druck enorm. Es gab zahlreiche parlamentarische Interventionen und viele Artikel in den Medien. Es war eine schwierige Situation, ich habe aber nie gezweifelt, denn ich wusste: Das Projekt ist gut. Und der Staatsrat hat mich immer unterstützt.

Auch SVP-Staatsrat Franz Ruppen?
Das müssen Sie ihn fragen. Wir halten uns in der Walliser Regierung an das Kollegialitätsprinzip. Ruppen war, wie ich, aber immer kollegial und konstruktiv in der Zusammenarbeit. Wir waren nicht immer einer Meinung, haben aber grossen gegenseitigen Respekt. Ohnehin ist es kontraproduktiv, mich unter Druck setzen zu wollen.

Wie meinen Sie das?
Mit Erpressung oder Druck

wird man nichts aus mir herausbekommen. Wenn wir Lösungen finden wollen, dann reden wir offen und ehrlich miteinander.

Sie sind vom Naturell her ein Konsenspolitiker. Mussten Sie lernen, Kante zu zeigen?
Durchaus. Denn ich stehe für den Konsens ein. Und der Entscheid für das Marienheim in Brig war ein Konsentscheid. Ich verstehe aber die Bevölkerung, wenn sie verunsichert ist und Ängste hat. Aber ich bin überzeugt: Die Strategie mit den kleinen Kollektivunterkünften wird aufgehen.

Wie geht es mit dem Asylheim in Visp weiter? Sie können dieses bis 2027/28 weiter betreiben. Was kommt dann?
Das Asylheim bleibt bis 2028. Was danach passiert, ist noch offen, wir haben aber noch Zeit. Sicher ist: Wir brauchen neue Unterkünfte.

Wird es im Kanton kein weiteres Asylheim wie in Visp geben, also viele junge Männer in einem Heim?
Das, was in Visp gemacht wurde, entspricht einer alten Strategie. Kleinere geschlechtergemischte Unterkünfte sind die bessere Lösung.

Immer wieder gibt es Kritik, dass die Personen mit Schutzstatus S noch nicht genug in den Arbeitsmarkt integriert sind. Deren Erwerbsquote liegt bei 24 Prozent. In anderen Kantonen arbeitet aber bereits über die Hälfte. Wieso hinkt das Wallis hinterher?
Das hat auch mit der Sprache zu tun. In der Deutschschweiz liegt der Anteil der erwerbstätigen Schutzsuchenden höher. Wir wissen, dass die Ukrainer einfacher Deutsch als Französisch sprechen. Auch scheint der Arbeitsmarkt in der Romandie angespannter zu sein.

Der Kanton Wallis ist aber weit weg von den 40 Prozent, die der Bund als Ziel setzt.
Das Ziel wurde zu hoch gesetzt. Ich bin überzeugt, dass wir zusätzliche Mittel brau-

chen, damit die Menschen die Sprache besser lernen können. Die Ukrainerinnen und Ukrainer einfach so, ohne Sprachkenntnisse, in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wäre nicht nachhaltig. Wir streben aber eine nachhaltige Wirkung an, indem wir die Flüchtlinge besser auf den Arbeitsmarkt vorbereitet haben.

Die Wahlen sind ja eigentlich gelaufen. Oder denken Sie, dass der Grüne Emmanuel Revaz eine Chance hat?
Wahlen sind Wahlen. Und der Wahlkampf läuft.

Unterstützen Sie Emmanuel Revaz?
Wir sind uns sehr ähnlich. Ich unterstütze meine Liste und meine Partei. Der Kontakt zu Revaz ist aber gut. Ich könnte mir vorstellen, mit ihm zusammenzuarbeiten.

Die SVP Unterwallis konnte zuletzt zulegen. Die rechte Bewegung gewinnt in ganz Europa an Boden. Ist es für linke Politiker schwieriger geworden?
Nicht für die SP, aber für die Grünen.

Wie meinen Sie das?
Die Menschen kümmern sich in Zeiten der Inflation, der Teuerung, des starken Frankens vor allem um ihr Portemonnaie. Manche müssen schauen, wie sie den nächsten Monat überstehen. Für die Grünen bedeutet das, dass man für ihre Anliegen weniger Gehör hat. Trotzdem ist für mich klar, dass wir eine Klimapolitik und Massnahmen für die Umwelt brauchen.

Die Kandidaten-Talks

Am 2. März wählen die Walliserinnen und Walliser eine neue Regierung. Eine Kandidatin und fünf Kandidaten kämpfen um die fünf Staatsratssitze. In den kommenden Tagen publizieren wir Interviews mit allen Kandidierenden. Der nächste Gast: Stéphane Ganzer, Kandidat der FDP.

Ja oder Nein

Soll der Staat mehr Mittel für die Krankenkassen-Prämienverbilligung zur Verfügung stellen?
Ja.

Soll der Staat den gemeinnützigen Wohnungsbau finanziell stärker fördern?
Ja.

Soll der Kanton die Kitas stärker finanziell unterstützen?
Ja.

Befürworten Sie einen Ausbau der Videoüberwachung?
Nein.

Soll neben «weiblich» und «männlich» ein drittes amtliches Geschlecht eingeführt werden?
Ja.

Befürworten Sie eine strengere Kontrolle der Lohngleichheit von Frauen und Männern?
Ja.

Finden Sie es richtig, dass gleichgeschlechtliche Paare in allen Bereichen heterosexuellen Paaren gleichgestellt sind?
Ja.

Befürworten Sie eine weitere Lockerung der Schutzbestimmungen für Grossraubtiere?
Nein.

Soll die Walliser Spitallandschaft weiter zentralisiert werden?
Ja.

Soll der Staat Privatschulen finanziell unterstützen?
Nein.

Finden Sie es richtig, dass für den Ausbau von erneuerbaren Energien die Vorschriften des Umwelt- und Landschaftsschutzes gelockert werden?
Nein.

Sollen in der Schweiz wieder neue Atomkraftwerke gebaut werden dürfen?
Nein.

Soll das Schweizer Mobilfunknetz möglichst flächendeckend mit dem 5G-Standard ausgestattet werden?
Ja.

Würden Sie eine Erhöhung der Zahl der Staatsräte von fünf auf sieben unterstützen?
Ja.

Soll der Kanton Ausländer/innen bei der Integration stärker unterstützen?
Ja.

Befürworten Sie eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten?
Nein.

Hier kommen Sie zur Video-Debatte mit Mathias Reynard.

